



24.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2025 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2026–2028

Budget de la Confédération 2025 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2026–2028

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.12.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.24 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir beraten die verbleibenden Differenzen in einer einzigen Debatte.

Gredig Corina (GL, ZH): Die grösste Differenz zwischen National- und Ständerat verbleibt weiterhin im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Man kommt sich ein bisschen vor wie auf einem Basar; man kommt sich langsam etwas entgegen. Meine Minderheit möchte gern den tieferen Betrag des Ständerates übernehmen. Das würde dennoch eine Kürzung von 71 Millionen Franken bedeuten. Ich habe es gesagt: Man nähert sich an. Ich möchte aber hier nochmals sagen: Eine Kürzung von 71 Millionen Franken ist schon viel, Sie haben das jetzt mehrmals gehört. Es ist eine schon abgespeckte Variante, die uns der Bundesrat hier als Konzept vorgelegt hat. Wenn wir hier nochmals 71 Millionen Franken wegnehmen, dann müsste man halt auch einmal sagen, wo man das genau machen und in welchen Ländern man dann welche Programme streichen möchte. Es ist auffällig, dass sich die Mehrheit bis jetzt nicht konkret dazu geäussert hat.

Zybach Ursula (S, BE): Ich spreche hier für meine Minderheit gegen eine Kürzung bei "Baukultur". Bisher wurde gar nicht gross über diese 3 Millionen Franken, die man hier kürzen möchte, gesprochen, weil die Kürzung Teil des Konzeptantrages des Ständerates war. Man muss einfach wissen: Es ist ein Kredit von 31,2 Millionen Franken, den der Ständerat um 3 Millionen Franken kürzen möchte. Auch in der Diskussion des Ständerates war das bisher kein Thema; niemand hat inhaltlich darüber gesprochen. Deshalb nehme ich mir und Ihnen kurz die Zeit, über dieses wichtige Thema zu sprechen.

Bei dieser Position geht es im Wesentlichen um Beiträge an die Restaurierung von Denkmälern und an archäologische Rettungsgrabungen. Private Eigentümer von Denkmälern erhalten Mittel, damit sie Renovationen angehen können. Das ist eigentlich ein Lastenausgleich, denn private Eigentümer von Denkmälern haben ja auch Arbeiten durchzuführen, die oft komplizierter sind, weil es sich eben um Denkmäler handelt. Die Kantone werden bei archäologischen Arbeiten unterstützt. Der Bund hilft hier vor allem auch mit, Rettungsgrabungen im Zusammenhang mit Bauprojekten zu tragen. Gemeinden und auch Kirchgemeinden erhalten Unterstützung, um wertvolle Denkmäler in ihrer Eigentümerschaft zu restaurieren. Der Bund setzt seine Beiträge auch für





dringliche und

AB 2024 N 2395 / BO 2024 N 2395

unerwartete Einzelmassnahmen ein, eben genau dort, wo Bund und Kanton gemeinsam für die Erhaltung von Denkmälern zusammenspannen müssen. Daneben werden in der Schweiz auch Projekte im Rahmen der Europäischen Tage des Denkmals durchgeführt; daran nehmen jährlich 50 000 Personen teil.

Die Kürzung ist nicht zielführend. Sie alle wissen, dass die Baukosten in den letzten Jahren überproportional gestiegen sind – der Baukostenindex ist seit Oktober 2020 um 15 Prozent gestiegen. Das heisst, diese 3 Millionen Franken, um die man hier kürzen möchte, sind eben nicht 10 Prozent, sondern würden zu einem realen Verlust von 25 Prozent führen.

Wir alle sind stolz auf unser Kulturerbe, auf die Gebäude, die wir überall haben. Wir machen Fotos davon, wir stehen davor, wir feiern Feste in ihnen. Es macht keinen Sinn, hier 25 Prozent zu sparen, nur wegen 3 Millionen Franken, die wir zugunsten der Schuldenbremse quasi gewinnen könnten.

Die Kosten für archäologische Rettungsarbeiten, das möchte ich hier unbedingt auch noch erwähnen, nehmen zu, und zwar aufgrund der Entwicklung von Städten nach innen. Solche Verdichtungsprojekte sollten schnell umgesetzt werden können, und damit das möglich ist, braucht es eben genügend Mittel für archäologische Abklärungen.

Die Kantone werden die Mittel des Bundes nicht kompensieren können. In einigen Kantonen dürfte nach dieser Kürzung dann auch gleich noch weiter gekürzt werden. Die Kürzung von 3 Millionen Franken würde dazu führen, dass Arbeiten aufgeschoben oder nur in begrenztem Umfang realisiert würden. Es staut sich dann Renovationsbedarf an, dessen Bewältigung teurer wird, und man verliert auch insgesamt.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass Studien sehr klar zeigen – das wissen Sie alle auch –, dass Denkmalsubventionen von grosser wirtschaftlicher Bedeutung und ein regionaler Multiplikator sind; man denke nur an all die Bauunternehmungen, die dann dort arbeiten können. Ein Viertel weniger reale Mittel des Bundes für die Denkmäler und die Archäologie wird somit zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes unseres kulturellen Erbes führen. Drei Beispiele dazu: Die Restaurierung des Klosters Einsiedeln wurde aus diesen Mitteln finanziert. Das Mittelschiffgewölbe des Münsters in Bern wurde gereinigt, wie jetzt gerade auch in der Zeitung zu lesen war, und dies wurde ebenfalls aus diesen Mitteln finanziert. Auch für die prähistorischen Pfahlbauten um die Alpen, die sogar auf der Liste des Unesco-Weltkulturerbes stehen, wurden diese Mittel eingesetzt.

Die Kürzung bei "Baukultur" ist nicht nachhaltig, und sie ist auch nicht nötig; man kann auf sie verzichten. Ich bin überzeugt, dass wir am Schluss auch trotz dieser 3 Millionen Franken immer noch ein schuldenbremsenkonformes Budget hinbringen.

Ich bin dankbar, wenn Sie keine Kürzung beschliessen, sondern der Minderheit Zybach, die dem Bundesrat folgt, zustimmen.

Farinelli Alex (RL, TI): In merito alle minoranze che rappresento, che riguardano la custodia di bambini complementare alla famiglia e la nuova politica regionale, vi chiedo di aderire in entrambi i casi alla decisione del Consiglio degli Stati, essendo questo il terzo passaggio nella nostra Camera.

Die "Familienergänzende Kinderbetreuung" betreffend, empfehlen wir Ihnen, dem Entwurf des Bundesrates zu folgen. Den Prognosen zufolge können die Anfragen für das Jahr 2025 mit dem vorgesehenen Kredit von 35,7 Millionen Franken gedeckt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, wird der Bundesrat aufgrund der definierten Kriterien für den Erhalt dieser Unterstützung mit einem Nachtragskredit eingreifen. Eine Erhöhung des Kredits würde voraussichtlich zu einem Kreditrest führen.

Was die "Neue Regionalpolitik" betrifft, verfügen wir derzeit über einen Fonds, der in jeder Hinsicht überdotiert ist. Mit einem Vermögen von über 1 Milliarde Franken, einer Liquidität von 500 Millionen Franken und einer umfassenden Deckung aller Verpflichtungen gibt es aus materieller Sicht keinen Grund, jetzt weitere 12,5 Millionen Franken in diesen Fonds einzuzahlen. Auch aus symbolischer Sicht kann man sich fragen, ob es notwendig ist, in anderen Bereichen Kürzungen vorzunehmen, um einen zusätzlichen und unnötigen Tropfen Wasser ins Meer zu tragen.

Wettstein Felix (G, SO): Für den Fall, dass sich der Konzeptantrag Andrey nicht durchsetzt und wir dem Ständerat weiterhin in über einem Dutzend Punkten die Gefolgschaft verweigern, habe ich zwei Minderheiten zu vertreten. Die erste betrifft die Position "Funktionsaufwand (Globalbudget)" der Gruppe Verteidigung, wo auch der Konzeptantrag Andrey vom Ständerat abweichen will. Mit der zweiten Minderheit beantrage ich, dass wir uns bei "Sach- und Betriebsaufwand" dem Ständerat anschliessen.



Zuerst geht es also um die Position "Funktionsaufwand (Globalbudget)" der Gruppe Verteidigung. Hier waren wir uns im Nationalrat bisher einig, dass dieser Aufwand nächstes Jahr um 45 Millionen Franken reduziert werden soll. Das tönt nach viel, aber es handelt sich hier um ein Globalbudget im Umfang von rund 5 Milliarden Franken. Die 45 Millionen machen also weniger als 1 Prozent aus. Die Betragshöhe kommt nicht von ungefähr: Wir hatten in der Kommission zusammen mit der Departementsleitung erörtert, welche Eigenleistung die Gruppe Verteidigung in der Lage ist zu übernehmen, damit auch sie etwas zur Kompensation des starken Zuwachses beim Rüstungsaufwand beitragen kann.

Gut möglich, dass der Ständerat von dieser Bereitschaft des Departementes bisher zu wenig wusste. Er beschloss eine Reduktion des Aufwands um 20 Millionen Franken. Die Mehrheit unserer Kommission beantragt einen Betrag dazwischen. Wir sollten jedoch bei unserem bisherigen Betrag bleiben und das Globalbudget um 45 Millionen reduzieren, eben weil das Departement mitmachen würde und weil wir damit 10 Millionen zur Verfügung hätten, die wir dringend anderswo brauchen.

Den Antrag meiner zweiten Minderheit habe ich bereits am letzten Mittwoch begründet, und an dieser Begründung hat sich nichts geändert. Die Mehrheit unserer Kommission will bei der Position "Sach- und Betriebsaufwand" weiterhin Querschnittkürzungen im Umfang von 10 Millionen Franken vornehmen, obwohl "Sach- und Betriebsaufwand" ein Oberbegriff ist, unter den jene Positionen fallen, zu denen wir bereits in beiden Räten Streichungen beschlossen haben. Der Ständerat hat hier erkannt, dass man denselben Franken nicht zweimal wegsparen kann. Wir sollten ihm folgen und diesen Sack zumachen. Nur so wissen Bundesrat und Verwaltung, was das Parlament mit den Querschnittkürzungen wirklich will, und sie können diese Kürzungen gemäss unserem Willen vornehmen.

Wermuth Cédric (S, AG): Ich begründe Ihnen in dem Sinne ein Konzept oder zwei Minderheitsanträge; und zwar beginne ich bei meiner Minderheit zur Position 614.A202.0130, "Lohnmassnahmen". Dieser Minderheitsantrag hängt zusammen mit den Kürzungen weiter hinten, bei den Personalausgaben, die in Band 1 auf Seite 83 aufgeführt sind.

Ich möchte vorweg kurz eine grundsätzliche Bemerkung machen, die mir und uns am Herzen liegt, ich habe es letzte Woche schon einmal gesagt: Wir möchten noch einmal entschieden diesem Bashing entgegentreten, das hier in den letzten Wochen gegenüber dem Bundespersonal betrieben worden ist. Das Bundespersonal ist wirklich der falsche Adressat, wenn es darum geht, zu behaupten, hier werde in irgendeiner Form nicht effizient gearbeitet. Schauen Sie sich einmal auf diesem Kontinent um, wie die Verwaltungen zum Teil funktionieren, und schauen Sie sich an, was in der Schweiz gemacht wird und was gerade das Personal der Eidgenossenschaft leistet. Das ist einfach wirklich das Toplevel der bürokratischen Effizienz, die man leisten kann.

In aller Regel setzt das Bundespersonal den Volks- und den Parlamentswillen mit einer Präzision und Geschwindigkeit um, die ihresgleichen sucht. Dafür hätte das Personal, das wir ja anstellen und das ja die Aufgaben und Wünsche des Parlamentes erfüllt, eigentlich auch den Respekt und den Anstand des Parlamentes verdient. Es betrübt uns wirklich, dass wir in dieser Budgetdebatte nicht in der Lage sind, diesem Respekt für die Arbeitsleistung des Personals Ausdruck zu verleihen – und zwar auch, weil es finanziell absolut möglich

AB 2024 N 2396 / BO 2024 N 2396

gewesen wäre. Es gibt keine Notwendigkeit für die Kürzungen. Im Gegenteil, es gibt Verpflichtungen aus den letzten Jahren gegenüber dem Bundespersonal, denen man nicht nachgekommen ist; es geht hier beispielsweise um die aufgelaufene Teuerung.

Nun gut, diese Appelle sind hier drin verhallt. Das haben wir zur Kenntnis genommen. Offenbar ist das Personal neben der Entwicklungszusammenarbeit der Punchingball der diesjährigen Budgetpolitik. Das versuchen wir jetzt noch auf den letzten Metern zu regeln.

Wie gesagt, es gibt zwei Positionen, die noch offen sind: die Lohnmassnahmen und generell die Personalausgaben. Ich werde aus taktischen Gründen, das kann ich hier offenlegen, den zweiten Antrag meiner Minderheit zurückziehen; er betrifft die Personalausgaben. Wir möchten verhindern, dass sich diese zwei Minderheitsanträge, falls sie hier in Differenz zum Ständerat aufrechterhalten bleiben sollten, im dümmsten Fall in der Einigungskonferenz kumulieren würden. Wenn wir die Differenz auf die Position 614.A202.0130, "Lohnmassnahmen", beschränken könnten, könnten wir die Position des Nationalrates gegenüber dem Ständerat stärken und damit das Verlustrisiko für das Bundespersonal senken.

Ich bitte Sie, bei der Position 614.A202.0130 der Minderheit Wermuth zu folgen. Wir möchten den vorgesehenen Betrag gemäss Entwurf des Bundesrates einstellen. Darin hat es noch Spielraum, das wollen wir gar nicht infrage stellen, aber einen Spielraum, den der Bundesrat gezielt nutzen kann, dort, wo es im Sinne des Personals richtig ist. Wenn wir bereits jetzt, vor der Einigungskonferenz, auf eine Position einschwenken, die



die Differenz kleiner macht als notwendig, dann verlieren wir hier den Spielraum.

Ich bitte Sie im Sinne des Respektes vor dem Bundespersonal – ich habe es bereits erwähnt –, aber auch im Sinne eines taktisch klugen Vorgehens dieses Rates, diese Differenz noch nicht zu bereinigen und bei der Position 614.A202.0130 der Minderheit Wermuth zu folgen; den zweiten Antrag der Minderheit, den Antrag zu den Personalausgaben, würde ich, wie gesagt, im Sinne dieses Vorschlages an Sie zurückziehen.

Fehlmann Rielle (S, GE): Ma minorité porte sur la coupe concernant les bourses d'études à des étudiants étrangers. Je vous rappelle que le crédit de la Commission fédérale des bourses pour étudiants étrangers (CFBE) de 39,2 millions de francs pour les 4 prochaines années a été approuvé par le Parlement dans le cadre du message FRI 2025–2028.

Rappelons que les bourses sont destinées à des étudiants étrangers de troisième cycle, c'est-à-dire à des doctorants et post-doctorants, et qu'elles sont attribuées sur concours. Environ 25 pour cent des candidatures sont acceptées. Les étudiants proviennent à 50 pour cent de pays en développement et à 50 pour cent de pays industrialisés; 75 à 80 pour cent des boursiers retournent dans leur pays d'origine ou poursuivent une carrière à l'étranger après avoir obtenu leur bourse. Nombre d'entre eux font des carrières impressionnantes dans les domaines de la science et de la politique.

Pour les pays industrialisés, le principe de réciprocité s'applique. Ce principe permet aux chercheurs suisses d'effectuer des séjours à l'étranger. Ce système leur permet d'accéder à des bourses renommées à l'étranger, comme les "Fulbright Scholarships" aux Etats-Unis ou les "Newton Scholarships" en Grande-Bretagne.

Dans cette position, le Conseil fédéral a déjà opéré une coupe de 140 000 francs pour 2025 en comparaison avec 2024. Même si la majorité de la commission a remis 2 millions à cette position, il faut être conscient des conséquences délétères d'une réduction des contributions, qui passeraient alors de 9,8 millions à 7,8 millions en 2025.

Avec cette réduction budgétaire, les 311 bourses d'excellence fédérales actuellement en cours devraient être interrompues en juin 2025. Les 174 doctorants et doctorantes et leurs projets de recherche dans les hautes écoles suisses seraient particulièrement touchés. Une telle interruption mettrait directement en péril leurs carrières scientifiques ou pourrait tout simplement y mettre fin.

Il serait difficile d'attribuer de nouvelles bourses pour l'année académique 2025/2026. De nombreuses candidatures pour l'année académique 2025/2026, c'est-à-dire de 600 à 800 jeunes de 183 pays, risquent de recevoir une réponse négative. De plus, les bourses déjà attribuées ne pourraient être prolongées, car les montants seraient épuisés en juin 2025.

Comme je viens de l'indiquer, les bourses étant basées sur la réciprocité, les étudiants et étudiantes suisses pourraient perdre l'accès à des bourses prestigieuses à l'étranger.

Je souhaite également rectifier les contre-vérités prononcées dans notre conseil lors des précédents débats sur le budget. Il a été affirmé que les boursiers post-doctorants recevraient jusqu'à 9000 francs. C'est une erreur. Les montants s'élèvent à 3500 francs pour les post-doctorants et 1900 francs pour les doctorants. Cela représente la moitié du montant des bourses du Fonds national suisse pour la recherche scientifique. Ce ne sont donc pas des montants exorbitants, mais ils sont nécessaires pour les personnes concernées.

Les bourses d'excellence de la Confédération sont un instrument efficace pour renforcer le réseau international de la Suisse dans le domaine de la formation et de la recherche ainsi que dans la diplomatie scientifique. Les bourses fédérales existent depuis 1961. Elles font partie des investissements les plus judicieux dans le domaine académique. Une coupe d'une telle ampleur serait tragique pour les jeunes et compromettrait massivement la réputation de la Suisse en tant que partenaire fiable dans un programme mondial. Le Conseil des Etats a bien compris les enjeux de ce débat, puisqu'il a maintenu les montants prévus par le Conseil fédéral.

Je vous demande donc instamment de renoncer à cette coupe et de soutenir ma proposition de minorité.

Wyss Sarah (S, BS): Ich möchte im Namen der SP-Fraktion kurz zu einigen Punkten Stellung nehmen.

Ich komme zuerst zur Position "Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)". Hier bitten wir Sie, der Minderheit Gredig zu folgen. Sie haben erst letzte Woche die IZA-Botschaft beraten, und dort kürzen Sie um 36 Millionen Franken, wenn Sie linear kürzen würden. Die Mehrheit beantragt Kürzungen auf einem viel höheren Niveau, Kürzungen um 125 Millionen. Folgen Sie der Minderheit Gredig, um kongruent umzusetzen, was Sie vor einigen Tagen beschlossen haben.

Dann komme ich zu "Familienergänzende Kinderbetreuung". Es besteht Fachkräftemangel. Wir haben noch grossen Nachholbedarf bei der Gleichstellung. Hier können wir wichtige Beiträge sprechen, die genau dazu dienen sollten, dass Kitas auch in abgelegenen Gebieten nicht nur Wunschdenken sind. Ich bitte Sie wirklich



inständig, hier genügend Mittel zur Verfügung zu stellen und die Anschubfinanzierung zu ermöglichen, sodass gerade in Randregionen auch Kitas eröffnet werden können.

Nun komme ich noch zu "Neue Regionalpolitik". Ich habe das letzte Mal schon gesagt, dass dieser Fonds voll ist. Sie könnten mit den heutigen Beiträgen die Projekte siebzig Jahre lang fördern, ohne dass irgendeine zusätzliche Einlage getätigt werden müsste. Es gibt genug Geld in diesem Fonds. Die SP-Fraktion wird diese Aufstockung deshalb mehrheitlich ablehnen. Es gibt jedoch einige, die sich aus regionalpolitischen Gründen enthalten werden.

Dann komme ich zu "Grenzüberschreitender Personenschienenverkehr", zu den Nachtzügen. Sie haben gesehen, es gibt hier keine Differenz mehr. Mir ist es aber ein Anliegen, Ihnen zu sagen, dass dies nicht als Symbol verstanden werden soll, dass wir gegen Nachtzüge sind, nur weil wir den Beitrag vom Ständerat übernehmen. Es ist kein Zeichen gegen die Nachtzüge. Wir erwarten, dass erstens der Bundesrat nun die Kreditsperre aufhebt und zweitens die Projektierungen im nächsten Jahr finanziert und angegangen werden, sodass es 2026 Nachtzüge gibt. Dann braucht es aber auch wieder mehr Geld. Wir hoffen und erwarten, dass wir dies auch sprechen werden.

Zu den "Personalausgaben" muss ich mich nicht länger äussern, hier hat mein Kollege Wermuth bereits alles gesagt.

Zum Schluss noch etwas zu "Ressortforschung Bund": Die Kürzung – wir haben hier einen Kompromissvorschlag – tut

AB 2024 N 2397 / BO 2024 N 2397

weh. Das sind konkrete Projekte, z. B. bei Agroscope, die nicht mehr finanziert werden. 20 Millionen Franken sind sehr viel Geld, aber im Sinne einer Annäherung an den Ständerat sind wir bereit, diesen Schritt zu machen.

Ich bitte Sie, den Empfehlungen der SP-Fraktion zu folgen.

Andrey Gerhard (G, FR): Wir sind in der zweiten Differenzbereinigung. Das ist der letzte Moment, in dem grössere Änderungen noch möglich sind. Wir von der Grünen Fraktion empfehlen Ihnen eine solche.

Sie können meinen Einzelantrag unterstützen, am Nationalratsbeschluss betreffend die Lohnmassnahmen und die Kürzung des Funktionsaufwandes bei der Verteidigung festzuhalten und bei den restlichen Differenzen dem Ständerat zu folgen. Das ist der beste Deal, der jetzt für die internationale Zusammenarbeit noch zu haben ist. Das Resultat einer Einigungskonferenz wird ganz sicher nicht vorteilhafter.

Sie helfen so auch, die Geister, die der bürgerliche Ständerat rief, wieder etwas zu bändigen. Es ist nämlich der ständerätliche Beschluss in dieser Differenzbereinigung, der jetzt einen minimalen Kompromiss darstellt. Das ist ein Kompromiss zwischen dem, was wir in beiden Räten und unter Anraten des Bundesrates vor zwei Jahren beschlossen haben, nämlich eine etwas moderatere Erhöhung der Armeeausgaben auf das ominöse Ziel von 1 Prozent des BIP per 2035, und dem, was der bürgerliche Ständerat dieses Jahr selber losgetreten hat, nämlich ein Rückkommen auf eine viel schnellere Erhöhung per 2030, was mit grossen Konsequenzen behaftet ist, gerade für die internationale Zusammenarbeit. Der Ständerat hat die Rechnung offenbar nicht mit dem Wirt, also mit unserem Rat, gemacht. Der Nationalrat will nun nämlich an einem unnachgiebigeren Kurs für das Rüstungsziel festhalten und die IZA empfindlich und viel stärker kürzen. Dem Ständerat scheint es nicht mehr ganz "gschmuck" zu sein, weshalb er glücklicherweise etwas zurückbuchstabiert.

Die Rüstungsausgaben im kommenden Jahr sollen zwar in beiden Räten um weitere 530 Millionen Franken erhöht werden. Das kriegen wir nicht mehr günstiger. Es bleibt aber das Planungsziel, welches der Ständerat bei 1 Prozent des BIP per ungefähr 2032 ansetzt, aber der Nationalrat bei 2030 festsetzen will. Und bei der IZA ist der ständerätliche Beschluss mit einer Kürzung um 71 Millionen Franken immer noch weit besser als die empfindliche Kürzung um 125 Millionen, welche die Finanzkommission des Nationalrates beantragt.

Ich bitte Sie, nun etwas masszuhalten, die Bundesfinanzen in den kommenden Jahren nicht unnötig noch stärker unter Druck zu bringen und konkordant und kompromissbereit dem Ständerat zu helfen, aus der Sackgasse, in die er die Räte getrieben hat, wieder herauszufinden.

Pour ce concept, nous choisissons, à nouveau d'ailleurs, l'approche d'une proposition individuelle, car l'afficher sur le dépliant serait très compliqué et conduirait à beaucoup plus de votes. Contrairement à la semaine dernière, je ne retire pas la proposition, car j'ai appris qu'un vote sur la proposition était tout de même possible. J'aimerais encore brièvement expliquer la position de notre groupe sur les autres divergences, c'est-à-dire en plus des mesures salariales, concernant les économies dans le domaine de la défense et dans celui de la coopération internationale. Pour l'Office fédéral des assurances sociales, nous proposons de maintenir la décision du Conseil national à la position "Accueil extra-familial pour enfants". Pour le Secrétariat d'Etat à la



formation, à la recherche et à l'innovation, nous proposons de suivre le Conseil des Etats à la position "Bourses à des étudiants étrangers en Suisse" et donc de soutenir la proposition de la minorité Fehlmann Rielle. Pour les "Dépenses de personnel", nous suivons la minorité Wermuth. Pour les "Dépenses de biens et services et dépenses d'exploitation", nous vous proposons de suivre la proposition de minorité Wettstein – ce dernier vient d'expliquer son raisonnement. Pour ce qui est des "Conditions-cadres de l'utilisation des crédits", nous vous prions également de suivre le Conseil des Etats pour ce qui concerne l'UNRWA et, en conséquence, de soutenir la minorité Wermuth.

Dans l'arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2026 à 2028, nous vous proposons également de suivre le Conseil des Etats et de soutenir les propositions des minorités Gredig.

Cottier Damien (RL, NE): Nous arrivons gentiment vers la fin du processus budgétaire avec ce troisième passage devant notre conseil.

Les objectifs principaux du groupe libéral-radical dans ce débat sur le budget 2025, qui est un budget plus difficile à établir que ce ne fut le cas ces dernières années, sont au nombre de trois: le premier est le respect du mécanisme indispensable du frein à l'endettement; le deuxième est le renforcement de la sécurité de notre pays; le troisième est l'obtention, dans l'ensemble, d'un budget équilibré.

S'agissant du respect du frein à l'endettement, c'est un instrument indispensable pour éviter que notre pays se dirige vers une économie de la dette, comme on le voit dans certains pays, y compris les pays voisins. C'est un mécanisme qui nous permet, contrairement à ce que l'on entend parfois, de continuer à faire des investissements importants pour la modernisation de notre pays, mais qui évite d'augmenter la pression fiscale à la fois sur les ménages, qui souffrent déjà d'un problème de pouvoir d'achat, et sur les entreprises, ce qui péjorerait l'attractivité économique et, à la fin, la prospérité de notre pays, ce dont nous ne voulons pas.

Sur le deuxième objectif, la sécurité nationale, force est de constater que, malheureusement, le glaive reste l'axe du monde. Nous vivons dans un monde dangereux, qui redevient, hélas, de plus en plus instable et de plus en plus dangereux. Il est indispensable d'investir dans le secteur de la défense nationale, qui a été le parent pauvre ces 30 dernières années, et pour lequel il est indispensable de faire des correctifs financiers importants, et ce, rapidement. Notre pays doit répondre à ce défi international, qui concerne l'ensemble de notre continent et, à vrai dire, l'ensemble de notre planète. Nous devons continuer de nous investir à la fois dans une politique extérieure et une diplomatie actives pour la promotion de la paix et pour la défense, à la fois, de la paix, de la sécurité internationale et de la stabilité, mais de l'autre côté, nous ne devons pas négliger – c'est l'autre face de la médaille – d'avoir une politique de sécurité, y compris une défense nationale forte et crédible. Loin d'être du luxe, c'est une assurance vie pour notre pays.

S'agissant de trouver des équilibres, notre troisième priorité, ce sont des équilibres justes et qui ne sont pas faciles, que nous devons rechercher dans le budget 2025. Des coupes importantes sont faites dans certains secteurs, notamment dans celui de la coopération internationale, mais nous pensons qu'elles sont supportables et qu'il faut voir l'image d'ensemble, à vrai dire, et non pas seulement l'image relative sur les différences d'un budget à l'autre. Il faut considérer l'ensemble des tâches de notre Etat fédéral et remarquer que le secteur de la défense a nettement diminué ces 30 dernières années, alors qu'il y a eu une augmentation importante dans le domaine de la coopération internationale et que, quelles que soient les décisions finales de notre Parlement, nous resterons un acteur international très important et très fiable dans ce domaine, même si des ajustements seront faits. Dans la version proposée par la majorité de la commission de votre conseil et que nous proposons de soutenir, nous nous rapprochons de la version du Conseil des Etats, avec une proposition de coupe dans ce secteur de 125 millions de francs. C'est la moitié de ce qui a été proposé dans les versions précédentes et nous vous recommandons de soutenir la proposition de la majorité.

S'agissant de l'accueil extrafamilial, nous vous invitons à soutenir la proposition de la minorité Farinelli, qui suit le Conseil fédéral, puisqu'avoir des subventions dans ce domaine est un droit pour les cantons. Il n'y a aucune raison de surévaluer les besoins dans le budget, qui ont été estimés par le Conseil fédéral. S'il devait y avoir des demandes supplémentaires, un supplément au budget serait demandé par le Conseil fédéral. Il n'y a donc aucune raison de surestimer cela, ni d'ailleurs de le sous-estimer, comme le propose le Conseil des Etats.

AB 2024 N 2398 / BO 2024 N 2398

Nous vous invitons à soutenir la proposition de la minorité Farinelli.

Concernant la nouvelle politique régionale, cela a été dit, le fonds est extrêmement bien doté. Il a plus de 1,1 milliard de francs à sa disposition. Les projets sont des projets sur plusieurs années, comme l'a rappelé notre collègue Würth au Conseil des Etats. Il n'y a aucune raison, en matière de politique financière saine, de surdoter un fonds qui l'est déjà. J'en appelle notamment au groupe du Centre pour mener une politique



finanzière raisonnable dans ce domaine.

Concernant les mesures salariales enfin, Monsieur Wermuth, je ne crois pas que ce soit une question de respect, car il y a un fort respect de la part de tous les groupes, et en tout cas de notre groupe, pour l'administration fédérale. Par contre, nous estimons qu'il est nécessaire que tous les domaines fassent un certain nombre d'efforts dans la situation financière actuelle et qu'il est tout à fait possible de faire les efforts demandés.

A l'exception des deux propositions de minorités Farinelli que j'ai évoquées, nous vous invitons à toujours suivre la majorité.

Kaufmann Pius (M-E, LU): Wir befinden uns in der zweiten Runde der Differenzbereinigung. Danach geht das Budget in die Einigungskonferenz. Ich kann es vorwegnehmen: Die Mitte-Fraktion stimmt allen Mehrheitsanträgen zu. Den Einzelantrag Andrey lehnen wir ab.

Bei der Position "Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)" kommen wir dem Ständerat nochmals entgegen: Wir kürzen noch um 125 Millionen Franken, das ist noch ein Viertel davon, was auch der Ständerat im Rahmen der Armeebotschaft beschlossen hatte. Ich erinnere Sie nochmals daran: Der Ständerat stimmte dort mehrheitlich einer Kürzung um jährlich 500 Millionen Franken zu.

Bei der Kürzung des Betrags von 1,5 Millionen Franken bei der Position "Beitrag Pro Helvetia" halten wir am Beschluss des Nationalrates fest. Weiter ist die familienergänzende Kinderbetreuung ein Kernanliegen der Mitte-Partei und soll deshalb im gleichen Umfang wie im Vorjahr budgetiert werden. Auch dort unterstützen wir die Mehrheit der Finanzkommission. Hingegen kommen wir bei der Position "Lohnmassnahmen" im Eidgenössischen Personalamt dem Ständerat entgegen und beantragen eine Kürzung von 30 Millionen Franken. Im Gegenzug senken wir den Umfang der Querschnittkürzungen beim Personal um den gleichen Betrag auf 40 Millionen Franken.

Bei der Position "Neue Regionalpolitik" halten wir gemäss Finanzkommission am Beschluss des Nationalrates fest. Es ist politisch falsch, die Einlagen im Jahr 2025 auf null zu senken. Wir sind gehalten, diesen Fonds zu erhalten, und zwar ist das gesetzlich vorgeschrieben. Wir kürzen mit diesem Antrag mehr als 50 Prozent im Vergleich zum Rahmenkredit.

Bei der Position "Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz" kommen wir dem Ständerat ebenfalls entgegen und kürzen noch um 2 Millionen Franken.

Der regionale Personenverkehr ist für die Randregionen wichtig, sodass das ohnehin schlanke Angebot nicht weiter ausgedünnt werden soll. Bei der Position "Grenzüberschreitender Personenschienenverkehr" kommen wir dem Ständerat entgegen und beantragen noch einen Betrag in der Höhe von 10 Millionen Franken. Hingegen halten wir bei der Position "Alternative Antriebssysteme für Busse und Schiffe" am Entwurf des Bundesrates und damit am Beschluss des Nationalrates fest. Hier gibt es Projekte, die im Jahr 2025 umgesetzt werden können.

Bei der Position "Ressortforschung Bund" machen wir einen Schritt auf den Ständerat zu und machen mit einer Kürzung von 20 Millionen Franken einen Kompromissvorschlag.

Ich danke Ihnen, wenn Sie jeweils der Kommissionsmehrheit folgen.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Grünliberale Fraktion verzichtet auf ein Votum.

Guggisberg Lars (V, BE): Es verbleiben nun 18 Differenzen zum Ständerat. Ich bitte Sie, überall der Mehrheit Ihrer Finanzkommission zu folgen, allerdings mit einer Ausnahme, und zwar bei "Familienergänzende Kinderbetreuung".

Die familienergänzende Kinderbetreuung ist immer noch eine kantonale Aufgabe. Der Bund übernimmt seit über zwanzig Jahren Verantwortung mit Anschubfinanzierungen, obwohl es sich um eine kantonale Aufgabe handelt. Es kann nicht sein, dass der Bund weiterhin Steuergelder aus der direkten Bundessteuer den Kantonen hinüberschiebt, um damit eine ganz klar kantonale Kompetenz zu finanzieren. Viele Kantone – das wissen Sie – schwimmen im Geld. Es gibt in gewissen Kantonen inzwischen Ideen, die bedenklich sind. Im Kanton Basel-Stadt beispielsweise prüft man eine 38-Stunden-Woche für die Angestellten, im Kanton Genf finanziert man einen Gratis-ÖV für Jugendliche bis 24 Jahre, und im Kanton Zug finanziert man 99 Prozent der Spitalbehandlungen. Das ist eine Entwicklung, die so nicht weitergehen kann. Es kann nicht sein, dass der Bund den Kantonen Geld gibt, um Dinge zu finanzieren, die ganz klar in die Kompetenz der Kantone fallen. Ich bitte Sie dementsprechend, hier der Minderheit Farinelli zu folgen, die dem Bundesrat folgen möchte.

Das zweite Thema, auf das ich noch einmal kurz eingehen möchte, sind die "Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz". Hier haben Sie in den ersten Phasen der Budgetdebatte einer Kürzung um 5 Millionen Franken zugestimmt. Das ist absolut nachvollziehbar, denn von diesen 10 Millionen, die gesprochen



werden sollen, gehen 5 Millionen an Industrieländer und 5 Millionen an Entwicklungsländer. Wir haben nun einen Schritt auf den Ständerat zugemacht und die beantragte Kürzung von 5 Millionen auf 2 Millionen reduziert. Es geht also nur noch um eine Kürzung um 2 Millionen Franken. Ich bitte Sie hier, der Mehrheit der Kommission zuzustimmen. Noch einmal zur Begründung: Schweizer Studierende erhalten im Ausland ebenfalls Stipendien, aber diese sind zum Teil nur ein Drittel so hoch wie die Stipendien für ausländische Studierende in der Schweiz. Es ist also absolut nachvollziehbar, hier eine Kürzung um 2 Millionen vorzunehmen.

Das dritte und letzte Thema wurde ebenfalls schon oft thematisiert: Es geht um die Gelder, diese 20 Millionen Franken, an die UNRWA. Ich bitte Sie, hier standhaft bei Ihrer Meinung zu bleiben, damit diese Gelder nicht an die UNRWA fliessen, an eine Organisation, die nachweislich Verbindungen zur Hamas pflegt. Diese 20 Millionen können wir bei der humanitären Hilfe besser einsetzen, als sie der UNRWA zu geben. Ich bitte Sie, standhaft zu bleiben und an Ihrem Beschluss, den Sie bereits zweimal gefasst haben, noch einmal festzuhalten.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Nach Ihrem Rat hat letzten Donnerstag auch der Ständerat die erste Runde der Differenzbereinigung zum Budget 2025 abgeschlossen. Er hat dabei eine gewisse Annäherung an die Position Ihres Rates beschlossen. Dabei wurden 13 von 37 Differenzen im Bundesbeschluss la bereinigt. Es verbleibt also für die heutige Sitzung noch eine stattliche Anzahl von Differenzen, die bereinigt werden könnten. Sie können sich erinnern, die wichtigsten Positionen, in denen der Ständerat dem Nationalrat gefolgt ist, waren die BFI-Botschaft – hier die Erhöhung im Budget um 16 Millionen Franken – und der Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Dort hat der Ständerat eine Kürzung von insgesamt 30 Millionen Franken auf rund 70 Millionen Franken erhöht, nachdem Ihr Rat ja auf 170 Millionen Franken reduziert hatte.

Der Ständerat ist Ihnen in den folgenden Positionen entgegengekommen: "Auserschulische Kinder- und Jugendförderung", Kürzung beim Bundesamt für Justiz, Kürzung bei "Internationale Mobilität Bildung", keine Kürzung bei "Umweltschutz-Massnahmen" im Bundesamt für Zivilluftfahrt. Bei der Position "Grenzüberschreitender Personenschienenverkehr" hat er seine Kürzung reduziert, sodass noch 10 Millionen Franken zur Verfügung stehen. An den restlichen Differenzen hat der Ständerat festgehalten.

Ihre Kommission schlägt Ihnen nun vor, bei sieben Differenzen dem Ständerat zu folgen, darunter bei den Querschnittkürzungen Personal- und Eigenausgaben Bund. Bei weiteren fünf Krediten schlägt Ihre Kommission eine Annäherung an

AB 2024 N 2399 / BO 2024 N 2399

die Position des Ständerates vor, darunter in der IZA, dem Funktionsaufwand Verteidigung, bei den Lohnmassnahmen, bei den Stipendien für ausländische Studierende und bei der Querschnittkürzung Ressortforschung.

Mit 22 Millionen Franken ist der Handlungsspielraum betreffend Schuldenbremse nun relativ klein, um von den Vorschlägen Ihrer Kommission abzuweichen. Im Folgenden kann ich Ihnen deshalb nicht empfehlen, auf Kürzungen zu verzichten. Ich gehe deshalb nur noch auf eine Position ein, dies aber nicht mehr inhaltlich: Ich bitte Sie, bei der Neuen Regionalpolitik weiterhin der Minderheit zu folgen, weil hier wirklich auch noch etwas Manövriermasse und Luft bezüglich des Budgets vorhanden sind.

Nicolet Jacques (V, VD), pour la commission: Après deux passages de cet objet dans chacune des deux chambres, notre commission s'est réunie jeudi dernier afin de traiter des divergences restantes, soit plus d'une vingtaine. Le conseiller fédéral Rösti a été invité à participer en début de séance afin de répondre à diverses questions relatives au DETEC. Une délégation de la Direction du développement et de la coopération (DDC) a également été conviée afin de nous faire part de leur position sur les conséquences de la proposition Portmann, adoptée au Parlement cette semaine.

La commission s'est ensuite penchée sur le dépliant du budget 2025. Une proposition de concept visant à suivre l'ensemble des propositions du Conseil des Etats, sauf pour la défense et l'Office fédéral du personnel, a été rejetée, par 17 voix contre 8 – c'est la proposition individuelle Andrey, qui vous a également été transmise sur vos pupitres.

Concernant la coopération internationale, les discussions ont, comme depuis le début du traitement du budget, porté sur un concept de réduction sur trois positions budgétaires, dont deux au DFAE et une au SECO. Notre conseil a validé en première lecture une réduction de 250 millions de francs, puis, en deuxième lecture, une réduction de 170 millions. C'est maintenant un concept, avec une réduction qui a été revue à la baisse et qui porte sur 125 millions, qui est proposé par la majorité de la commission.

Pour le DFAE, à la page A1 du dépliant, à la position "Coopération au développement (bilatéral)", le montant



du projet du Conseil fédéral se montait à 866 millions de francs. Lors du dernier traitement, le Conseil des Etats a décidé de réduire ce montant de 25 millions. Alors que notre conseil avait soutenu une réduction de 135 millions pour cette position en deuxième lecture, une nouvelle proposition de réduction plus modérée, de 90 millions, soutenue par la commission, par 16 voix contre 9, vous est soumise. La minorité Gredig vous demande de suivre la proposition du Conseil des Etats de réduire de 25 millions.

Dans la position "Contributions à des organisations multilatérales", la somme initiale, selon le Conseil fédéral, était de 308,4 millions de francs. La commission, par 24 voix et 1 abstention, vous propose de confirmer votre vote, avec une coupe de 10 millions. La minorité Gredig vous demande de suivre la décision du Conseil des Etats, avec une coupe de 25 millions.

Toujours dans le même concept, mais à la page A4 du dépliant, à la position "Coopération économique", le Conseil fédéral envisageait un montant de 397,7 millions de francs. Le Conseil des Etats propose de maintenir une réduction de 21 millions, alors que le Conseil national avait décidé d'une réduction de 25 millions. La commission, par 16 voix contre 9, propose de maintenir la décision du Conseil national, soit une réduction de 25 millions. La minorité Gredig vous demande de suivre la décision du Conseil des Etats d'une réduction de 21 millions.

Concernant le DFI, à la page A2 du dépliant, pour le Secrétariat général du DFI, à la position "Contribution à Pro Helvetia", les deux chambres campent sur leurs positions: le Conseil des Etats ne voulant pas de réduction et le Conseil national ayant décidé d'une réduction de 1,5 million de francs. La commission propose, par 13 voix contre 12, de garder notre position de réduction de 1,5 million.

Concernant l'Office fédéral de la culture, à la position "Culture du bâti", nos deux chambres ont maintenu leurs positions, visant à réduire le budget de 3 millions de francs pour le Conseil des Etats, et aucune réduction pour le Conseil national. La majorité de la commission vous propose de suivre la décision du Conseil des Etats, soit une réduction de 3 millions. La minorité Zybach propose de suivre la décision du Conseil national.

Concernant l'OFAS, à la position "Accueil extra-familial pour enfants", la commission, par 12 voix contre 12 et 1 abstention avec la voix prépondérante de la présidente, vous demande de confirmer la décision du Conseil national, soit de majorer de 6,9 millions le budget de base du Conseil fédéral. La minorité Farinelli propose d'en rester au montant initial du Conseil fédéral, de 35,7 millions. La proposition du Conseil des Etats de réduire de 10 millions a été soumise au vote et rejetée, par 13 voix contre 9 et 3 abstentions.

Au DFJP, page A2 du dépliant, pour l'Institut de droit comparé, alors que le Conseil national avait soutenu une coupe de 583 000 francs, la commission propose de se rallier à la décision du Conseil des Etats, c'est-à-dire selon le Conseil fédéral, et donc de ne faire aucune coupe.

Au DDPS, page A3 du dépliant, pour la Défense, position "Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)", le Conseil fédéral avait porté la somme de 5,025 milliards de francs au budget. Notre conseil avait soutenu une coupe de 45 millions alors que le Conseil des Etats se contentait d'une coupe de 20 millions. Dans un premier vote, la commission a soutenu à l'unanimité une coupe à la baisse de 35 millions, contre la proposition du Conseil des Etats de moins 20 millions. La minorité Wettstein propose de soutenir la réduction de 45 millions décidée précédemment par notre conseil. Cette proposition a été refusée par notre commission, par 17 voix contre 8.

Au niveau du plan financier, toujours pour la Défense, notre commission vous propose de maintenir la planification financière 2026–2028 selon la décision de notre conseil.

Au DFF, page A3 du dépliant, pour l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF), position "Revenus de fonctionnement (enveloppe budgétaire)", notre commission, unanime, vous demande de confirmer la décision de notre conseil, à savoir une majoration de 22 millions de francs des revenus de l'OFDF. Pour l'Office fédéral du personnel, à la position "Mesures salariales", alors que le Conseil des Etats soutient une réduction de 45 millions de francs, la commission vous propose, par 18 voix contre 7, de procéder à une coupe de 30 millions. La minorité Wermuth propose de rester au montant initial du budget.

Pour l'Office fédéral des constructions et de la logistique, à la position "Investissements (enveloppe budgétaire)", les deux chambres campent également sur leurs positions. Alors que le Conseil des Etats maintient une coupe de 31 millions de francs, notre conseil avait décidé de ne rien couper. Par 18 voix contre 6 et 1 abstention, la commission vous propose de maintenir cette décision.

En page A4 du dépliant, pour le Secrétariat général du DEFR, à la position "Bureau de la consommation", notre conseil avait, à deux reprises, soutenu une coupe de 145 000 francs. Le Conseil des Etats a décidé de rester au montant initial du Conseil fédéral. Votre commission vous propose, par 15 voix contre 10, de nous rallier à la position du Conseil des Etats.

Au Secrétariat d'Etat à l'économie, à la position "Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)", le Conseil des Etats a procédé à une coupe de 2 millions de francs sur les 142,5 millions budgétés par le



Conseil fédéral. Notre conseil a soutenu le budget initial. Votre commission, par 17 voix contre 7, vous propose de maintenir notre décision et de ne procéder à aucune coupe. A la position "Encouragement innovation et coopération, domaine tourisme", notre conseil avait décidé d'une coupe de 1 million alors que le Conseil des Etats propose de ne rien couper. Votre commission, par 19 voix contre 6, vous propose de maintenir notre décision, avec une coupe de 1 million. Pour la position "Nouvelle politique régionale", alors que le Conseil fédéral avait décidé de ne rien porter sur ce fonds pour 2025, notre conseil avait décidé d'ajouter la somme de 12,5 millions, soit le même montant qu'en 2024. Le Conseil des Etats propose de rester à la

AB 2024 N 2400 / BO 2024 N 2400

position du Conseil fédéral. Votre commission, par 15 voix contre 6 et 4 abstentions, vous propose de maintenir notre décision, soit plus 12,5 millions. La minorité Farinelli vous propose de soutenir la décision du Conseil des Etats, c'est-à-dire selon le Conseil fédéral, soit aucune contribution à ce fonds. A la position "Coopération économique", comme indiqué précédemment, un concept de coupe avait été soutenu. Alors que le Conseil fédéral avait porté un montant de 397 millions au budget, notre conseil avait décidé, dans un premier temps, d'une coupe de 50 millions, pour diminuer cette coupe de moitié en deuxième lecture, portant la coupe à 25 millions. Le Conseil des Etats a pour sa part décidé d'une coupe de 21 millions. Par 16 voix contre 9, notre commission a décidé de maintenir la décision de notre conseil, soit moins 25 millions, contre la décision du Conseil des Etats. La minorité Gredig propose de rester au montant initial du Conseil fédéral de 397 millions. Au Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation, à la position "Bourses à des étudiants étrangers en Suisse", alors que notre conseil avait, par deux fois, confirmé une coupe de 4,8 millions de francs sur les 9,8 millions au budget, le Conseil des Etats a décidé d'en rester au budget initial du Conseil fédéral. Une nouvelle proposition de coupe, plus modérée, à hauteur de 2 millions, a été soutenue par la commission, par 17 voix contre 8. La minorité Fehlmann Rielle propose de suivre la décision du Conseil des Etats, c'est-à-dire selon le Conseil fédéral.

Au DETEC, page A5 du dépliant, pour l'Office fédéral des transports, à la position "Transport régional des voyageurs", le Conseil fédéral avait porté un montant de 1,126 milliard de francs au budget et notre conseil avait majoré ce montant de 7,7 millions. Le Conseil des Etats a décidé de rester au montant du budget initial. Notre commission, par 16 voix contre 3 et 2 abstentions, vous propose de maintenir la décision de notre conseil. A la position "Transport ferroviaire transfrontalier de voyageurs", concernant les trains de nuit, le Conseil des Etats a décidé d'une coupe de 19,6 millions. Notre conseil avait soutenu une coupe de 14,6 millions, portant le montant au budget à 15 millions. Notre commission vous propose unanimement de nous rallier à la décision du Conseil des Etats. A la position "Systèmes de propulsion alternatifs pour bus et bateaux", le Conseil des Etats a décidé une coupe de 15,3 millions alors que notre conseil était resté au montant initial du budget, soit 46,3 millions. Notre commission, à l'unanimité, vous propose de maintenir cette décision.

A l'Office fédéral de l'énergie, position "Transfert de technologie", notre commission avait soutenu le budget du Conseil fédéral à hauteur de 20 millions de francs. Le Conseil des Etats a validé une coupe de 5 millions. A l'unanimité, votre commission vous propose de se rallier au Conseil des Etats.

A l'Office fédéral de l'environnement, position "Animaux sauvages et chasse", une majoration de 500 000 francs portée au budget avait été soutenue précédemment par le Conseil des Etats. Votre commission, par 22 voix contre 2 et 1 abstention, vous demande d'en rester au projet du Conseil fédéral.

A la page A6 du dépliant, dans le groupe de comptes "Dépenses propres", le Conseil fédéral avait porté au budget un montant de 12,009 milliards de francs. Notre conseil avait soutenu cette proposition et le Conseil des Etats avait procédé à une coupe de 10 millions. Sans opposition, notre commission vous propose de nous rallier au Conseil des Etats.

Pour le groupe "Dépenses de personnel", le Conseil fédéral avait proposé d'inscrire une somme de 6,618 milliards de francs au budget. Notre conseil avait soutenu une coupe de 70 millions et le Conseil des Etats une coupe de 40 millions. La majorité de votre commission vous propose de suivre le Conseil des Etats. La minorité Wermuth vous demande de soutenir le montant proposé par le Conseil fédéral. Mais, visiblement, cette minorité a été retirée. Cette coupe est à mettre en lien avec la coupe de 30 millions de francs proposée à l'Office fédéral du personnel, qui permet au final d'atteindre la réduction de 70 millions voulue par la majorité de la commission depuis le début de ces débats et soutenue par notre conseil.

Pour le groupe "Dépenses de biens et services et dépenses d'exploitation", le Conseil fédéral avait proposé un montant de 4,702 milliards de francs. Notre conseil avait validé une coupe de 20 millions en première lecture, puis une coupe de 13 millions – soit une coupe plus modérée – en deuxième lecture. Le Conseil des Etats, pour sa part, souhaite en rester au montant initial. La commission, par 17 voix contre 8, vous propose de maintenir la décision du Conseil national, soit une coupe de 13 millions. Une minorité Wettstein propose de



soutenir la version du Conseil des Etats, qui est celle du Conseil fédéral.

Dans le groupe "Recherche de l'administration fédérale", le Conseil fédéral avait inscrit 354 millions de francs au budget. Le Conseil des Etats a décidé une coupe de 40 millions. Notre conseil ne prévoyait aucune coupe. Afin de trouver un compromis, la commission vous propose à l'unanimité une coupe de 20 millions.

A l'arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2025, page C2 du dépliant, dans les conditions relatives au crédit "Actions humanitaires", la commission vous demande, par 13 voix contre 12, de maintenir la décision de notre conseil, qui ne veut pas accorder de moyens financiers à l'UNRWA. Une minorité Wermuth vous propose de suivre le Conseil des Etats et souhaite conditionner une aide à l'UNRWA à une consultation de la Commission de la politique extérieure.

Pour la Défense, concernant les conditions-cadres du crédit "Charges et investissements en matière d'armement", sur les 530 millions de francs que nous avons ajoutés au budget, la commission vous demande, par 17 voix contre 5 et 3 abstentions, de confirmer la décision du Conseil national, selon lequel 200 millions doivent être consacrés à la défense aérienne terrestre à moyenne portée.

Pour les "Dépenses de biens et services et dépenses d'exploitation", dans les groupes de comptes à la page C3 du dépliant, la commission vous propose à l'unanimité de suivre le Conseil des Etats au sujet des conditions d'application des coupes transversales, en excluant les autorités et les tribunaux, ainsi que le Contrôle fédéral des finances.

Pour ce qui est de l'arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2026 à 2028, au DDPS, la commission vous demande, par 15 voix contre 9 et aucune abstention, de maintenir notre décision sur la planification des moyens pour la défense. Une minorité Gredig vous propose de suivre le Conseil des Etats. Au Département fédéral des finances, à la page D4 du dépliant, la commission vous propose, par 15 voix contre 10, de soutenir la version du Conseil national. Au DEFR, à la page D5 du dépliant, pour Suisse Tourisme, la commission vous demande, par 23 voix contre 1 et aucune abstention, de suivre la décision du Conseil national pour la planification financière.

Giacometti Anna (RL, GR), für die Kommission: Nach der zweiten Beratung im Ständerat verbleiben noch viele Differenzen, welche am letzten Donnerstag in der Finanzkommission behandelt wurden.

Bei der internationalen Zusammenarbeit hat die Mehrheit der Finanzkommission eine Kürzung von insgesamt 125 Millionen Franken beschlossen.

Bei der Entwicklungszusammenarbeit beantragt die Kommission mit 16 zu 9 Stimmen eine Kürzung in Höhe von 90 Millionen Franken. Eine Minderheit Gredig will dem Ständerat folgen.

Bei den Beiträgen an multilaterale Organisationen beantragt die Finanzkommission mit 24 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, am Beschluss des Nationalrates vom 11. Dezember festzuhalten. Eine Minderheit Gredig will bei dieser Position ebenfalls dem Ständerat folgen.

Bei der Position "Wirtschaftliche Zusammenarbeit" im Staatssekretariat für Wirtschaft hat die Kommission mit 16 zu 9 Stimmen entschieden, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Eine Minderheit Gredig will auch hier dem Ständerat folgen.

Auch bei den Positionen zum Eidgenössischen Departement des Innern gibt es noch einige Differenzen. Mit 13 zu 12 Stimmen beantragt die Finanzkommission, den Beitrag an Pro Helvetia um 1,5 Millionen Franken zu kürzen und somit am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Der Ständerat will

AB 2024 N 2401 / BO 2024 N 2401

wie der Bundesrat bei Pro Helvetia keine Kürzung vornehmen.

Bei der Position "Baukultur" im Bundesamt für Kultur beantragt die Kommission mit 17 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Ständerat zu folgen und eine Kürzung in Höhe von 3 Millionen Franken vorzunehmen. Eine Minderheit Zybach will keine Kürzung vornehmen und somit am Beschluss des Nationalrates, gemäss Bundesrat, festhalten.

Ich komme zur Position "Familienergänzende Kinderbetreuung" im Bundesamt für Sozialversicherungen. Mit 12 zu 12 Stimmen bei 1 Enthaltung und mit Stichentscheid der Präsidentin beantragt die Finanzkommission, am Entscheid des Nationalrates festzuhalten. Eine Minderheit Farinelli will dem Bundesrat folgen und die Beiträge nicht erhöhen.

Beim Schweizerischen Institut für Rechtsvergleichung wurde die Differenz zum Ständerat bereinigt.

Bei der Position "Verteidigung" im Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport beantragt die Finanzkommission mit 17 zu 8 Stimmen eine Kürzung um 35 Millionen Franken. Mit diesem Antrag will man dem Ständerat entgegenkommen. Eine Minderheit Wettstein will am Beschluss des Nationalrates festhalten.



Ich komme zum Eidgenössischen Finanzdepartement. Beim Funktionsertrag im Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit beantragt die Kommission einstimmig, am Beschluss des Nationalrates, plus 22 Millionen Franken, festzuhalten.

Bei der Position "Lohnmassnahmen" im Eidgenössischen Personalamt und bei der Querschnittkürzung Personal hat die Finanzkommission mit 18 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung einen Konzeptantrag angenommen. Es geht dabei um eine Kürzung gemäss Ständerat in Höhe von 30 Millionen Franken bei den Personalmassnahmen und um 40 Millionen Franken bei den Personalausgaben. Eine Minderheit Wermuth wollte bei beiden Positionen dem Bundesrat folgen. Kollege Wermuth hat heute seinen Minderheitsantrag zu den Personalausgaben, Seite A6 der Fahne, zurückgezogen. Im Finanzplan 2026–2028 will die Kommission dem Ständerat folgen.

Bei der Position "Investitionen" im Bundesamt für Bauten und Logistik beantragt die Kommission mit 18 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, am Beschluss des Nationalrates, gemäss Bundesrat, festzuhalten.

Ich komme zum Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung. Bezüglich der Position "Büro für Konsumentenfragen" konnte die Differenz zum ständerätlichen Beschluss bereinigt werden.

Bei der Position "Funktionsaufwand" beim Staatssekretariat für Wirtschaft beantragt die Kommission mit 17 zu 7 Stimmen, am Beschluss des Nationalrates, gemäss Bundesrat, festzuhalten.

Bei der Position "Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus" beantragt die Finanzkommission mit 19 zu 6 Stimmen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Es geht dabei um eine Kürzung um 1 Million Franken.

Bei der Position "Neue Regionalpolitik" beantragt die Kommission mit 15 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen, am Beschluss des Nationalrates, also an einer Erhöhung um 12,477 Millionen Franken, festzuhalten. Eine Minderheit Farinelli will dem Ständerat, gemäss Bundesrat, folgen.

Bei den "Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz" beantragt die Kommission mit 17 zu 8 Stimmen, eine Kürzung um 2 Millionen Franken vorzunehmen. Eine Minderheit Fehlmann Rielle will dem Ständerat, gemäss Bundesrat, folgen.

Wir kommen zum Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. Bei "Regionaler Personenverkehr" beantragt die Finanzkommission mit 16 zu 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen, am Beschluss des Nationalrates, plus 7,747 Millionen Franken, festzuhalten.

Bei "Grenzüberschreitender Personenschienenverkehr" besteht keine Differenz mehr zum Ständerat.

Bei "Alternative Antriebssysteme für Busse und Schiffe" beantragt die Kommission einstimmig, am Beschluss des Nationalrates, gemäss Bundesrat – keine Kürzung –, festzuhalten.

Bei "Technologietransfer" im Bundesamt für Energie ist die Finanzkommission dem Ständerat gefolgt und beantragt eine Kürzung um 5 Millionen Franken.

Bei der Position "Wildtiere und Jagd" beim Bundesamt für Umwelt beantragt die Finanzkommission mit 22 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, am Beschluss des Nationalrates, gemäss Bundesrat, festzuhalten.

Wir kommen zu den Kontengruppen auf Seite A6 der Fahne. Bei den "Eigenausgaben" ist die Kommission dem Ständerat gefolgt und beantragt eine Kürzung um 10 Millionen Franken.

Beim "Sach- und Betriebsaufwand" beantragt die Kommission mit 17 zu 8 Stimmen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Eine Minderheit Wettstein will dem Ständerat gemäss Bundesrat folgen.

Bei der "Ressortforschung Bund" beantragt Ihre Kommission einstimmig eine Kürzung in der Höhe von 20 Millionen Franken gegenüber dem Entwurf des Bundesrates.

Im Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2025, Anhang 2 beantragt die Finanzkommission mit 13 zu 12 Stimmen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Es geht dabei um die Rahmenbedingungen für die humanitären Aktionen. Es sollen keine Beiträge an die UNRWA ausgerichtet werden. Eine Minderheit Wermuth will dem Ständerat folgen.

Bei der Verteidigung beantragt die Kommission mit 17 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. 200 Millionen Franken sollen für die bodengestützte Luftverteidigung mittlerer Reichweite eingesetzt werden.

Im Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2026–2028 gibt es noch drei Differenzen zum Ständerat. Bei der Position "Rüstungsaufwand und -investitionen" beantragt die Kommission mit 15 zu 9 Stimmen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Eine Minderheit Gredig will dem Ständerat folgen.

Bei der Position "Ergänzungssteuer" im Eidgenössischen Finanzdepartement beantragt die Kommission mit 15 zu 10 Stimmen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten und dem Bundesrat keinen Auftrag zu erteilen.

Beim Beitrag an Schweiz Tourismus beantragt die Kommission mit 23 zu 1 Stimmen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Die Beiträge sollen in den Jahren 2026 bis 2028 gekürzt werden. Der Antrag Andrey lag der Finanzkommission vor und wurde mit 17 zu 8 Stimmen abgelehnt.



Ich gebe Ihnen zum Schluss noch den strukturellen Saldo nach der Beratung in der Finanzkommission bekannt: Dieser beträgt rund 22 Millionen Franken.

Im Namen der Finanzkommission bitte ich Sie, immer der Mehrheit zu folgen.

Andrey Gerhard (G, FR): Geschätzte Kommissionskollegin, Sie haben eben ausgeführt, dass wir in der Kommission über den Konzeptantrag Andrey in globo befunden haben, nämlich mit 17 zu 8 Stimmen. Jetzt erfahre ich, dass es im Rat nicht das gleiche Prozedere geben wird. Das heisst, dieses Konzept kommt auf die Fahne, es wird viel mehr Abstimmungen geben; das ist nicht so, wie ich mir das gedacht habe. Gehe ich richtig in dieser Annahme? Denn wenn dem so ist, ziehe ich diesen Vorstoss zurück, entschuldige mich für die Zwangspause, die das vielleicht geben könnte, und lade die Kolleginnen und Kollegen aus der Finanzkommission auf einen Kaffee ein.

Giacometti Anna (RL, GR), für die Kommission: Ich kann das so bestätigen: Im Rat würde man über jede Position einzeln abstimmen.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Heute feiert unser Kollege Alex Farinelli Geburtstag. Am vergangenen Samstag feierte unser Kollege Kilian Baumann seinen Geburtstag. Herzliche Gratulation! (*Beifall*)
Der Antrag Andrey wurde soeben zurückgezogen. Damit das Ratssekretariat die Abstimmungskaskade neu vorbereiten kann, unterbreche ich die Sitzung hier. Ich bitte Sie um Verständnis dafür.

Die Sitzung wird von 16.40 Uhr bis 17.00 Uhr unterbrochen

La séance est interrompue de 16 h 40 à 17 h 00

AB 2024 N 2402 / BO 2024 N 2402

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Département des affaires étrangères

202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

202 Département fédéral des affaires étrangères

Antrag der Mehrheit

A231.0329 Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)

Fr. 776 693 600

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0329 Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Andrey

A231.0329 Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

A231.0329 Coopération au développement (bilatérale)

Fr. 776 693 600



A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales
Maintenir

Proposition de la minorité

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0329 Coopération au développement (bilatérale)

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Andrey

A231.0329 Coopération au développement (bilatérale)

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Pos. 202.A231.0329

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29999)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 86 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Pos. 202.A231.0330

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/30000)

Für den Antrag der Minderheit ... 92 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 55 Stimmen

(49 Enthaltungen)

Departement des Innern – Département de l'intérieur

301 Generalsekretariat EDI

301 Secrétariat général du DFI

Antrag der Kommission

A231.0172 Beitrag Pro Helvetia

Festhalten

Antrag Andrey

A231.0172 Beitrag Pro Helvetia

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

A231.0172 Contribution à Pro Helvetia

Maintenir

Proposition Andrey

A231.0172 Contribution à Pro Helvetia

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

306 Bundesamt für Kultur
306 Office fédéral de la culture

Antrag der Mehrheit
A236.0101 Baukultur
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit
(Zybach, De Ventura, Fehlmann Rielle, Wermuth, Wyss)
A236.0101 Baukultur
Festhalten

Antrag Andrey
A236.0101 Baukultur
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité
A236.0101 Culture du bâti
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité
(Zybach, De Ventura, Fehlmann Rielle, Wermuth, Wyss)
A236.0101 Culture du bâti
Maintenir

Proposition Andrey
A236.0101 Culture du bâti
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen. Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 24.041/30002)
Für den Antrag der Mehrheit ... 134 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 60 Stimmen
(2 Enthaltungen)

318 Bundesamt für Sozialversicherungen
318 Office fédéral des assurances sociales

Antrag der Mehrheit
A231.0244 Familienergänzende Kinderbetreuung
Festhalten

AB 2024 N 2403 / BO 2024 N 2403

Antrag der Minderheit
(Farinelli, Bürgi Roman, Cottier, Gafner, Giacometti, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Schilliger, Sollberger, Stettler)
A231.0244 Familienergänzende Kinderbetreuung
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates





Antrag Andrey

A231.0244 Familienergänzende Kinderbetreuung
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

A231.0244 Accueil extrafamilial pour enfants
Maintenir

Proposition de la minorité

(Farinelli, Bürgi Roman, Cottier, Gafner, Giacometti, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Schilliger, Sollberger, Stettler)

A231.0244 Accueil extrafamilial pour enfants
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Andrey

A231.0244 Accueil extrafamilial pour enfants
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen. Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/30003)
Für den Antrag der Mehrheit ... 100 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 93 Stimmen
(4 Enthaltungen)

Justiz- und Polizeidepartement
Département de justice et police

413 Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
413 Institut suisse de droit comparé

Antrag der Kommission

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Andrey

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Andrey

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission



Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Département de la défense, de la protection de la population et des sports

525 Verteidigung
525 Défense

Antrag der Mehrheit
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Fr. 4 990 784 200

Antrag der Minderheit
(Wettstein, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wyss, Zybach)
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Festhalten

Antrag Andrey
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Festhalten

Schriftliche Begründung
Gegenüber dem Ständerat bedeutet dies 25 Millionen Franken mehr Einsparung bei der Gruppe Verteidigung (gemäss Nationalrat und Bundesrat) und Verzicht auf Kürzung um 45 Millionen Franken Lohnmassnahmen zusätzlich zu den Querschnittkürzungen (gemäss Nationalrat). Saldo gemäss Ständerat liegt bei 33,4 Millionen Franken, gemäss vorliegendem Konzeptantrag bei 13,4 Millionen Franken.

Proposition de la majorité
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Fr. 4 990 784 200

Proposition de la minorité
(Wettstein, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wyss, Zybach)
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Maintenir

Proposition Andrey
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Maintenir

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen. Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 24.041/30005)
Für den Antrag der Mehrheit ... 134 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 63 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Finanzdepartement – Département des finances

606 Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
606 Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières

Antrag der Kommission
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)
Festhalten



Antrag Andrey

E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

E100.0001 Revenus de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Maintenir

AB 2024 N 2404 / BO 2024 N 2404

Proposition Andrey

E100.0001 Revenus de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

614 Eidgenössisches Personalamt

614 Office fédéral du personnel

Antrag der Mehrheit

A202.0130 Lohnmassnahmen
Fr. 63 748 800

Antrag der Minderheit

(Wermuth, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wettstein, Zybach)
A202.0130 Lohnmassnahmen
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Andrey

A202.0130 Lohnmassnahmen
Festhalten

Schriftliche Begründung

Gegenüber dem Ständerat bedeutet dies 25 Millionen Franken mehr Einsparung bei der Gruppe Verteidigung (gemäss Nationalrat und Bundesrat) und Verzicht auf Kürzung um 45 Millionen Franken Lohnmassnahmen zusätzlich zu den Querschnittkürzungen (gemäss Nationalrat). Saldo gemäss Ständerat liegt bei 33,4 Millionen Franken, gemäss vorliegendem Konzeptantrag bei 13,4 Millionen Franken.

Proposition de la majorité

A202.0130 Mesures salariales
Fr. 63 748 800

Proposition de la minorité

(Wermuth, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wettstein, Zybach)
A202.0130 Mesures salariales
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Andrey

A202.0130 Mesures salariales
Maintenir

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/30007)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 64 Stimmen

(2 Enthaltungen)

620 Bundesamt für Bauten und Logistik

620 Office fédéral des constructions et de la logistique

Antrag der Kommission

A201.0001 Investitionen (Globalbudget)

Festhalten

Antrag Andrey

A201.0001 Investitionen (Globalbudget)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

A201.0001 Investissements (enveloppe budgétaire)

Maintenir

Proposition Andrey

A201.0001 Investissements (enveloppe budgétaire)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Département de l'économie, de la formation et de la recherche

701 Generalsekretariat WBF

701 Secrétariat général du DEFR

Antrag der Kommission

A202.0137 Büro für Konsumentenfragen

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Andrey

A202.0137 Büro für Konsumentenfragen

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

A202.0137 Bureau de la consommation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Andrey

A202.0137 Bureau de la consommation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

*704 Staatssekretariat für Wirtschaft
704 Secrétariat d'Etat à l'économie*

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
A231.0194 Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus
A231.0208 Neue Regionalpolitik
A231.0202 Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Farinelli, Cottier, Gredig, Fehlmann Rielle, Schilliger, Wyss)
A231.0208 Neue Regionalpolitik
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0202 Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Andrey

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
A231.0194 Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus
A231.0208 Neue Regionalpolitik
A231.0202 Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2024 N 2405 / BO 2024 N 2405

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
A231.0194 Encouragement innovation et coopération, domaine tourisme
A231.0208 Nouvelle politique régionale
A231.0202 Coopération économique
Maintenir

Proposition de la minorité

(Farinelli, Cottier, Gredig, Fehlmann Rielle, Schilliger, Wyss)
A231.0208 Nouvelle politique régionale
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0202 Coopération économique
Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Proposition Andrey

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
A231.0194 Encouragement innovation et coopération, domaine tourisme
A231.0208 Nouvelle politique régionale
A231.0202 Coopération économique
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Pos. 704.A231.0208

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/30011)
Für den Antrag der Mehrheit ... 115 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 61 Stimmen
(21 Enthaltungen)

Pos. 704.A231.0202

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/30012)
Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 83 Stimmen
(1 Enthaltung)

*Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées*

*750 Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
750 Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation*

Antrag der Mehrheit

A231.0270 Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz
Fr. 7 793 900

Antrag der Minderheit

(Fehlmann Rielle, Andrey, De Ventura, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0270 Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Andrey

A231.0270 Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

A231.0270 Bourses à des étudiants étrangers en Suisse
Fr. 7 793 900

Proposition de la minorité

(Fehlmann Rielle, Andrey, De Ventura, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0270 Bourses à des étudiants étrangers en Suisse
Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Proposition Andrey

A231.0270 Bourses à des étudiants étrangers en Suisse

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/30013)

Für den Antrag der Mehrheit ... 112 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 81 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

802 Bundesamt für Verkehr

802 Office fédéral des transports

Antrag der Kommission

A231.0290 Regionaler Personenverkehr

A236.0145 Alternative Antriebssysteme für Busse und Schiffe

Festhalten

A231.0445 Grenzüberschreitender Personenschienenverkehr

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Andrey

A231.0290 Regionaler Personenverkehr

A231.0445 Grenzüberschreitender Personenschienenverkehr

A236.0145 Alternative Antriebssysteme für Busse und Schiffe

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

A231.0290 Transport régional des voyageurs

A236.0145 Systèmes de propulsion alternatifs pour bus et bateaux

Maintenir

A231.0445 Transport ferroviaire transfrontalier de voyageurs

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Andrey

A231.0290 Transport régional des voyageurs

A231.0445 Transport ferroviaire transfrontalier de voyageurs

A236.0145 Systèmes de propulsion alternatifs pour bus et bateaux

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

AB 2024 N 2406 / BO 2024 N 2406



*805 Bundesamt für Energie
805 Office fédéral de l'énergie*

*Antrag der Kommission
A236.0117 Technologietransfer
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

*Antrag Andrey
A236.0117 Technologietransfer
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

*Proposition de la commission
A236.0117 Transfert de technologie
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

*Proposition Andrey
A236.0117 Transfert de technologie
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

*810 Bundesamt für Umwelt
810 Office fédéral de l'environnement*

*Antrag der Kommission
A231.0323 Wildtiere und Jagd
Festhalten*

*Antrag Andrey
A231.0323 Wildtiere und Jagd
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

*Proposition de la commission
A231.0323 Animaux sauvages et chasse
Maintenir*

*Proposition Andrey
A231.0323 Animaux sauvages et chasse
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

Kontengruppen Groupes de comptes

*Antrag der Mehrheit
Eigenausgaben
Personalausgaben
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*



Sach- und Betriebsaufwand
Festhalten
Ressortforschung Bund
Fr. 334 090 600

Antrag der Minderheit

(Wermuth, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wettstein, Zybach)
Personalausgaben
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Wettstein, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wyss, Zybach)
Sach- und Betriebsaufwand
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Andrey

Eigenausgaben
Personalausgaben
Sach- und Betriebsaufwand
Ressortforschung Bund
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

Dépenses propres
Dépenses de personnel
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Dépenses de biens et services et dépenses d'exploitation
Maintenir
Recherche de l'administration fédérale
Fr. 334 090 600

Proposition de la minorité

(Wermuth, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wettstein, Zybach)
Dépenses de personnel
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Wettstein, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wyss, Zybach)
Dépenses de biens et services et dépenses d'exploitation
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Andrey

Dépenses propres
Dépenses de personnel
Dépenses de biens et services et dépenses d'exploitation
Recherche de l'administration fédérale
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Personalausgaben – Dépenses de personnel

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit Wermuth wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité





Sach- und Betriebsaufwand – Dépenses de biens et services et dépenses d'exploitation

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss Ib Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/30018)

Für den Antrag der Mehrheit ... 134 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 63 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Früher bewilligte, laufende Verpflichtungskredite
Crédits d'engagement ouverts, autorisés antérieurement

Departement des Innern – Département de l'intérieur

318 Bundesamt für Sozialversicherungen

318 Office fédéral des assurances sociales

Antrag der Mehrheit

V0034.04/A231.0244 Familienergänzende Kinderbetreuung

Festhalten

AB 2024 N 2407 / BO 2024 N 2407

Antrag der Minderheit

(Farinelli, Bürgi Roman, Cottier, Gafner, Giacometti, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Schilliger, Sollberger, Stettler)

V0034.04/A231.0244 Familienergänzende Kinderbetreuung

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Andrey

V0034.04/A231.0244 Familienergänzende Kinderbetreuung

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

V0034.04/A231.0244 Accueil extrafamilial pour enfants

Maintenir

Proposition de la minorité

(Farinelli, Bürgi Roman, Cottier, Gafner, Giacometti, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Schilliger, Sollberger, Stettler)

V0034.04/A231.0244 Accueil extrafamilial pour enfants

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Andrey

V0034.04/A231.0244 Accueil extrafamilial pour enfants

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen. Über den Antrag der Minderheit Farinelli haben wir beim Vorschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité





**Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication**

*802 Bundesamt für Verkehr
802 Office fédéral des transports*

*Antrag der Kommission
V0294.01/E130.0001/A231.0290 Regionaler Personenverkehr 2022–2025
Festhalten*

*Antrag Andrey
V0294.01/E130.0001/A231.0290 Regionaler Personenverkehr 2022–2025
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

*Proposition de la commission
V0294.01/E130.0001/A231.0290 Transport régional des voyageurs 2022–2025
Maintenir*

*Proposition Andrey
V0294.01/E130.0001/A231.0290 Transport régional des voyageurs 2022–2025
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

*810 Bundesamt für Umwelt
810 Office fédéral de l'environnement*

*Antrag der Kommission
V0146.04/A231.0323 Wildtiere, Jagd, Fischerei 2025–2028
Festhalten*

*Antrag Andrey
V0146.04/A231.0323 Wildtiere, Jagd, Fischerei 2025–2028
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

*Proposition de la commission
V0146.04/A231.0323 Animaux sauvages, chasse et pêche 2025–2028
Maintenir*

*Proposition Andrey
V0146.04/A231.0323 Animaux sauvages, chasse et pêche 2025–2028
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*



2. Bundesbeschluss la über den Voranschlag für das Jahr 2025 **2. Arrêté fédéral la concernant le budget pour l'année 2025**

Art. 1 Abs. 2

Antrag der Kommission

Bst. a

a. ... 84 897 527 500 Franken;

Bst. b

Festhalten

Bst. c

c. ... 1 458 682 200 Franken.

Art. 1 al. 2

Proposition de la commission

Let. a

a. ... 84 897 527 500 francs;

Let. b

Maintenir

Let. c

c. ... 1 458 682 200 francs.

Angenommen – Adopté

Art. 2 Abs. 2

Antrag der Kommission

Bst. a

a. ... 6 462 508 100 Franken;

Bst. c

c. ... 5 477 438 600 Franken.

Art. 2 al. 2

Proposition de la commission

Let. a

a. ... 6 462 508 100 francs;

Let. c

c. ... 5 477 438 600 francs.

Angenommen – Adopté

Art. 3

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 2

Festhalten

Abs. 3

... auf 86 523 200 800 Franken. ... um 22 021 940 Franken.

Art. 3

Proposition de la majorité

Al. 1, 2

Maintenir

AB 2024 N 2408 / BO 2024 N 2408

Al. 3

... à 86 523 200 800 francs ... de 22 021 940 francs.

Angenommen – Adopté





3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2025
3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2025

Anhang 2 – Annexe 2

Departement für auswärtige Angelegenheiten
Département des affaires étrangères

202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
202 Département fédéral des affaires étrangères

Antrag der Mehrheit

A231.0332 Humanitäre Aktionen
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Wermuth, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0332 Humanitäre Aktionen
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

A231.0332 Actions humanitaires
Maintenir

Proposition de la minorité

(Wermuth, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0332 Actions humanitaires
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/30020)
Für den Antrag der Mehrheit ... 110 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 80 Stimmen
(7 Enthaltungen)

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Département de la défense, de la protection de la population et des sports

525 Verteidigung
525 Défense

Antrag der Kommission

A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen
Festhalten

Proposition de la commission

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement
Maintenir

Angenommen – Adopté



Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Département de l'économie, de la formation et de la recherche

704 Staatssekretariat für Wirtschaft
704 Secrétariat d'Etat à l'économie

Antrag der Kommission
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Festhalten

Proposition de la commission
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Maintenir

Angenommen – Adopté

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

810 Bundesamt für Umwelt
810 Office fédéral de l'environnement

Antrag der Kommission
A231.0323 Wildtiere und Jagd
Festhalten

Proposition de la commission
A231.0323 Animaux sauvages et chasse
Maintenir

Angenommen – Adopté

Kontengruppen
Groupe de comptes

Antrag der Kommission
Sach- und Betriebsaufwand
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission
Dépenses de biens et services et dépenses d'exploitation
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté



4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2026–2028
4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2026–2028

Art. 2

Departement für auswärtige Angelegenheiten
Département des affaires étrangères

202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
202 Département fédéral des affaires étrangères

Antrag der Mehrheit

A231.0329 Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)

FP 2026: Fr. 749 779 000

FP 2027: Fr. 726 616 800

FP 2028: Fr. 707 398 800

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

Festhalten

AB 2024 N 2409 / BO 2024 N 2409

Antrag der Minderheit

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0329 Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Andrey

A231.0329 Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

A231.0329 Coopération au développement (bilatérale)

PF 2026: Fr. 749 779 000

PF 2027: Fr. 726 616 800

PF 2028: Fr. 707 398 800

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

Maintenir

Proposition de la minorité

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)

A231.0329 Coopération au développement (bilatérale)

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Andrey

A231.0329 Coopération au développement (bilatérale)

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Pos. 202.A231.0329

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen. Über den Antrag der Min-



derheit haben wir beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Pos. 202.A231.0330

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen. Über den Antrag der Minderheit haben wir beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit
Adopté selon la proposition de la minorité*

Departement des Innern – Département de l'intérieur

*301 Generalsekretariat EDI
301 Secrétariat général du DFI*

*Antrag der Kommission
A231.0172 Beitrag Pro Helvetia
Festhalten*

*Antrag Andrey
A231.0172 Beitrag Pro Helvetia
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

*Proposition de la commission
A231.0172 Contribution à Pro Helvetia
Maintenir*

*Proposition Andrey
A231.0172 Contribution à Pro Helvetia
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

*306 Bundesamt für Kultur
306 Office fédéral de la culture*

*Antrag der Mehrheit
A236.0101 Baukultur
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

*Antrag der Minderheit
(Zybach, De Ventura, Fehlmann Rielle, Wermuth, Wyss)
A236.0101 Baukultur
Festhalten*

*Antrag Andrey
A236.0101 Baukultur
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*



Proposition de la majorité

A236.0101 Culture du bâti

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Zybach, De Ventura, Fehlmann Rielle, Wermuth, Wyss)

A236.0101 Culture du bâti

Maintenir

Proposition Andrey

A236.0101 Culture du bâti

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen. Über den Antrag der Minderheit haben wir beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

318 Bundesamt für Sozialversicherungen

318 Office fédéral des assurances sociales

Antrag der Mehrheit

A231.0244 Familienergänzende Kinderbetreuung

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Farinelli, Bürgi Roman, Cottier, Gafner, Giacometti, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Schilliger, Sollberger, Stettler)

A231.0244 Familienergänzende Kinderbetreuung

Kein Auftrag an den Bundesrat

Antrag Andrey

A231.0244 Familienergänzende Kinderbetreuung

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la majorité

A231.0244 Accueil extrafamilial pour enfants

Maintenir

Proposition de la minorité

(Farinelli, Bürgi Roman, Cottier, Gafner, Giacometti, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Schilliger, Sollberger, Stettler)

A231.0244 Accueil extrafamilial pour enfants

Pas de mandat au Conseil fédéral

Proposition Andrey

A231.0244 Accueil extrafamilial pour enfants

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AB 2024 N 2410 / BO 2024 N 2410

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen. Über den Antrag der Min-



derheit haben wir beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Justiz- und Polizeidepartement
Département de justice et police

413 Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
413 Institut suisse de droit comparé

Antrag der Kommission
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Andrey
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Andrey
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Département de la défense, de la protection de la population et des sports

525 Verteidigung
525 Défense

Antrag der Mehrheit
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen
Festhalten

Antrag der Minderheit
(Gredig, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)
A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Andrey
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Festhalten
A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement

Maintenir

Proposition de la minorité

(Gredig, Andrey, De Ventura, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Andrey

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Maintenir

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/30022)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 73 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Finanzdepartement – Département des finances

605 Eidgenössische Steuerverwaltung

605 Administration fédérale des contributions

Antrag der Kommission

A230.0114 Ergänzungssteuer

Festhalten

Antrag Andrey

A230.0114 Ergänzungssteuer

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

A230.0114 Impôt complémentaire

Maintenir

Proposition Andrey

A230.0114 Impôt complémentaire

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission



606 Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
606 Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières

Antrag der Kommission
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)
Festhalten

Antrag Andrey
E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission
E100.0001 Revenus de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Maintenir

Proposition Andrey
E100.0001 Revenus de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AB 2024 N 2411 / BO 2024 N 2411

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

620 Bundesamt für Bauten und Logistik
620 Office fédéral des constructions et de la logistique

Antrag der Kommission
A201.0001 Investitionen (Globalbudget)
Festhalten

Antrag Andrey
A201.0001 Investitionen (Globalbudget)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission
A201.0001 Investissements (enveloppe budgétaire)
Maintenir

Proposition Andrey
A201.0001 Investissements (enveloppe budgétaire)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission



**Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Département de l'économie, de la formation et de la recherche**

*701 Generalsekretariat WBF
701 Secrétariat général du DEFR*

*Antrag der Kommission
A202.0137 Büro für Konsumentenfragen
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

*Antrag Andrey
A202.0137 Büro für Konsumentenfragen
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

*Proposition de la commission
A202.0137 Bureau de la consommation
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

*Proposition Andrey
A202.0137 Bureau de la consommation
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

*704 Staatssekretariat für Wirtschaft
704 Secrétariat d'Etat à l'économie*

*Antrag der Mehrheit
A231.0192 Schweiz Tourismus
A231.0194 Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus
A231.0208 Neue Regionalpolitik
A231.0202 Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Festhalten*

*Antrag der Minderheit
(Farinelli, Cottier, Fehlmann Rielle, Gredig, Schilliger, Wyss)
A231.0208 Neue Regionalpolitik
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

*Antrag der Minderheit
(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0202 Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

*Antrag Andrey
A231.0192 Schweiz Tourismus
A231.0194 Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus
A231.0208 Neue Regionalpolitik
A231.0202 Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*



Proposition de la majorité

A231.0192 Suisse Tourisme
A231.0194 Encouragement innovation et coopération, domaine tourisme
A231.0208 Nouvelle politique régionale
A231.0202 Coopération économique
Maintenir

Proposition de la minorité

(Farinelli, Cottier, Fehlmann Rielle, Gredig, Schilliger, Wyss)
A231.0208 Nouvelle politique régionale
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Gredig, Andrey, Fehlmann Rielle, Kälin, Wermuth, Wettstein, Wyss, Zybach)
A231.0202 Coopération économique
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Andrey

A231.0192 Suisse Tourisme
A231.0194 Encouragement innovation et coopération, domaine tourisme
A231.0208 Nouvelle politique régionale
A231.0202 Coopération économique
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen. Über die Anträge der Minderheiten haben wir beim Vorschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

810 Bundesamt für Umwelt
810 Office fédéral de l'environnement

Antrag der Kommission

A231.0323 Wildtiere und Jagd
Festhalten

Antrag Andrey

A231.0323 Wildtiere und Jagd
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

A231.0323 Animaux sauvages et chasse
Maintenir

Proposition Andrey

A231.0323 Animaux sauvages et chasse
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AB 2024 N 2412 / BO 2024 N 2412



Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

**Kontengruppen
Groupes de comptes**

Antrag der Kommission

Eigenausgaben
Personalausgaben
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Ressortforschung Bund
FP 2026: Fr. 336 326 400
FP 2027: Fr. 338 171 400
FP 2028: Fr. 348 857 400

Antrag Andrey

Eigenausgaben
Personalausgaben
Ressortforschung Bund
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Dépenses propres
Dépenses de personnel
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Recherche de l'administration fédérale
PF 2026: Fr. 336 326 400
PF 2027: Fr. 338 171 400
PF 2028: Fr. 348 857 400

Proposition Andrey

Dépenses propres
Dépenses de personnel
Recherche de l'administration fédérale
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

**1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten
1. Budget des unités administratives**

**Departement für auswärtige Angelegenheiten
Département des affaires étrangères**

*202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
202 Département fédéral des affaires étrangères*



Pos. 202.A231.0330

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Frau Funciello hat einen Ordnungsantrag gestellt.

Funciello Tamara (S, BE): Herzlichen Dank. Uns ist vor lauter Kaskaden ein Fehler unterlaufen. Wir würden gerne nochmals abstimmen.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir stimmen über den Ordnungsantrag Funciello ab. Frau Funciello beantragt, im Voranschlag der Verwaltungseinheiten die Abstimmung über die Position 202.A231.0330 zu wiederholen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/29979)

Für den Ordnungsantrag Funciello ... 165 Stimmen

Dagegen ... 25 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir stimmen also noch einmal über die Position 202.A231.0330 ab. Der Antrag Andrey wurde zurückgezogen. Die Abstimmung gilt auch für Bundesbeschluss II Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.041/30027)

Für den Antrag der Mehrheit ... 118 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 73 Stimmen

(6 Enthaltungen)

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2026–2028

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2026–2028

Art. 2

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Département des affaires étrangères

Pos. 202.A231.0330

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Über den Antrag der Minderheit haben wir soeben beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten noch einmal abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Das Geschäft geht an den Ständerat zurück.